EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018

Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.

Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.

EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.

Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohlstand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

Fortsetzung auf Seite 2

Mit Spezialausgabe Kanton Basel-Stadt Seite 12 -15

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6 % des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.

Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 117'310 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch
Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet.
Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und innovative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beitritt oder mindestens EU-Recht automatisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

> **«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»**

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom Gemeinschaftssinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

> **«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen …»**

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)

Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

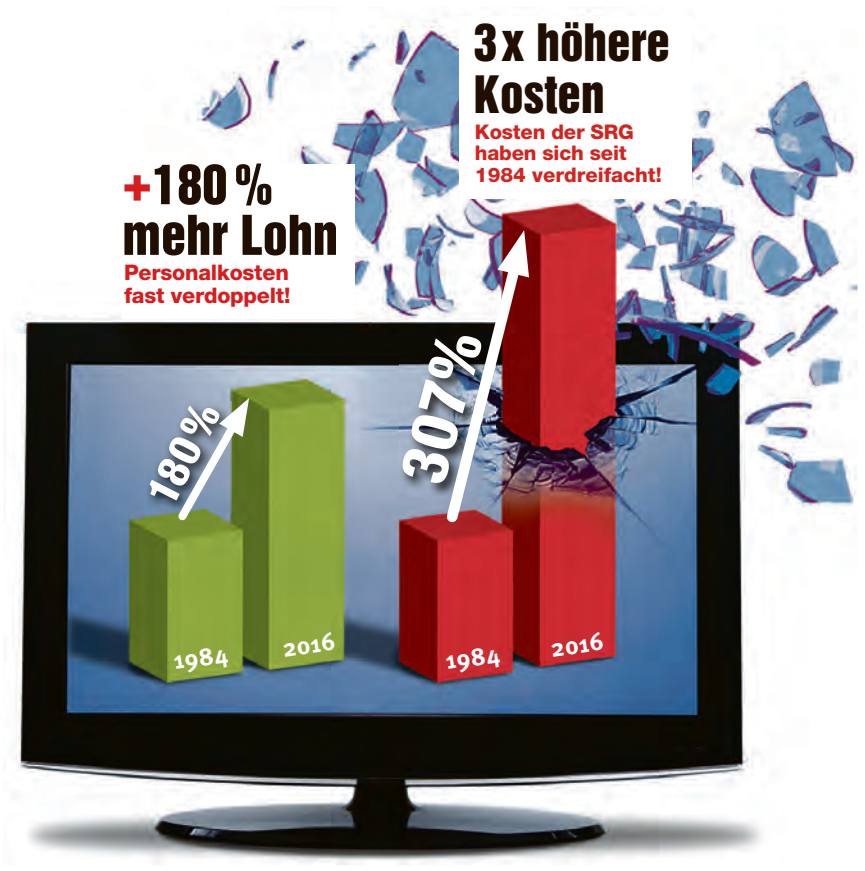
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

> **«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»**

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich

Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlichen durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

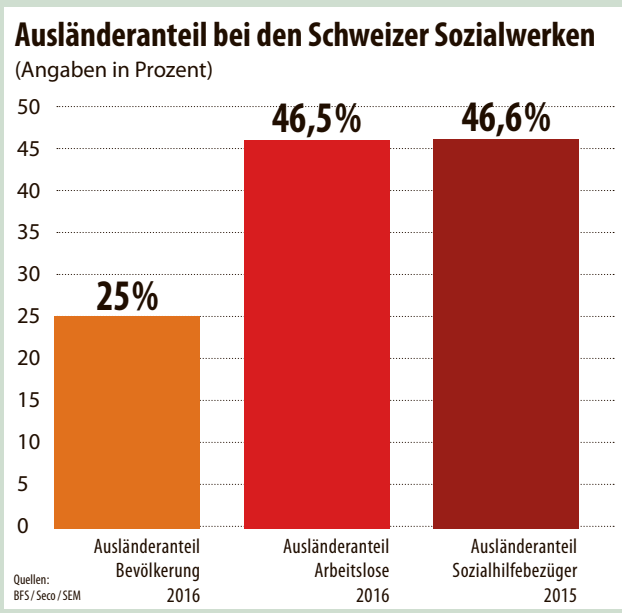
Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlingen aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!

Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rünenberg (BL)

Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!



Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.
Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt - einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewanderten Ausländer mehrt folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8 % der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5 % der Schweizer. Über 25 % der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11 %.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beerdigt werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Personenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.

Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.

Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017" steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtenmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Unmut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlemann-Image verblasst.»

Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

« Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt. »

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017" der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichsten" Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als 450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder", die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)

Bauer und Schwyzer Nationalrat

Marcel Dettling

« Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt. »

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

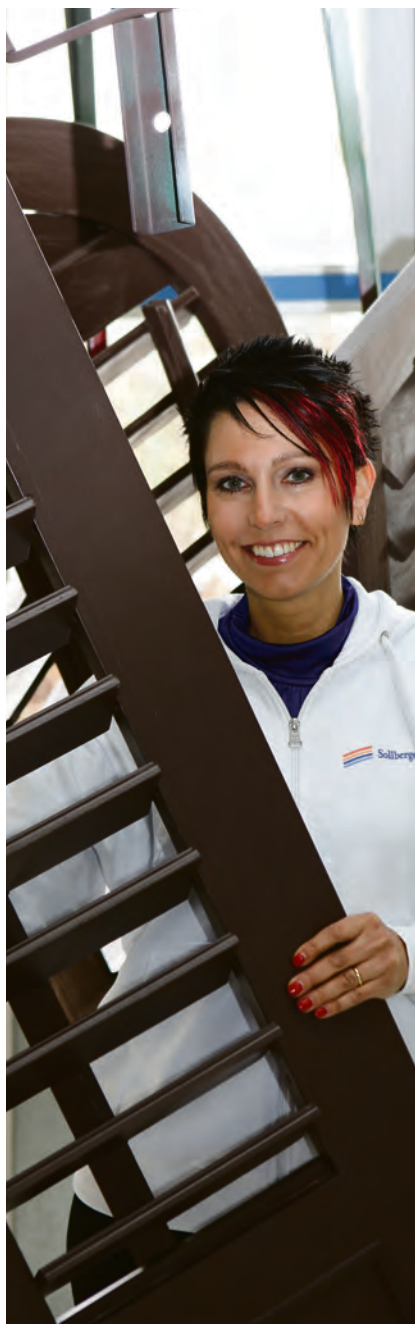
- 27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone
- Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch
- 14 Milchkühe
- 20 Mastkälber
- 20 Schafe

Porträt Nationalrätin und

Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin - als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Anderseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergarten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorffeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermassen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen

Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosengeldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Ferien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen. Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionenbeträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)

«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»

Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»

Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»

Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöftland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»

Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»

Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG):

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.

Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»[1] müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schulutensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat – damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

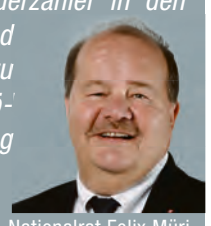
Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen[1] (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	**CHF 2'625.00**	**CHF 3'533.00**	**CHF 5'011.00**

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnungspreisen in der Agglomeration Zürich.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Betritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre

Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funktionäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

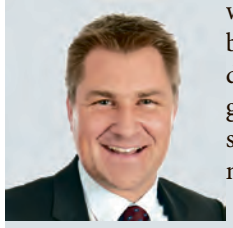
3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

«Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann.»

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)

Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik

Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.

Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!

Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandkonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck?

Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünschten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.

Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!

Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?
Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der drittwichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?
Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?
Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld

Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

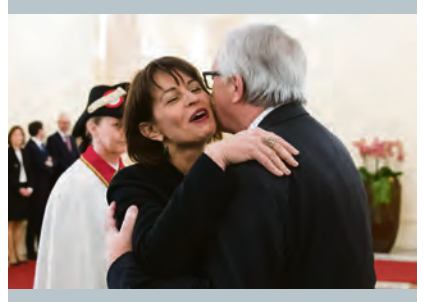
- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen
Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteilens in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wunderts, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung
Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit
Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hineinführen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?
Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat
Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche, Küsnacht (ZH)

Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernsten Wettbewerb

Online mitmachen unter: www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?

- ○ MA Mond
- ○ SEL Sünneli
- ○ EL Stern

2. Was heisst SVP?

- ○ UO s'il vous plaît
- ○ GI Sixpacks vor pleasure
- ○ BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?

- ○ TBE Freiheit und Unabhängigkeit
- ○ BAI Umverteilung und staatliche Regulierung
- ○ ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?

- ○ BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit
- ○ OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag
- ○ STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?

- ○ YO Adolf Ogi und Christoph Blocher
- ○ MM Ueli Maurer und Guy Parmelin
- ○ AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?

- ○ UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917
- ○ LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952
- ○ UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.

2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.

3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Vorname: .....

Name: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort: .....

E-Mail / Natel: .....

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch

Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht guthiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil Vukota-Bojic gegen die Schweiz, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezüger

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil Udeh gegen die Schweiz, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!

Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft

Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freiheitliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dynamischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entscheide aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertealten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in

Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht. Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle, die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog. völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Wir übernehmen Verantwortung

... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau

Thomas Burgherr
01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Wiliberg

Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöftland

Ulrich Giezendanner
31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist

Andreas Glarner
09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli

Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt

Maximilian Reimann
07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick

Luzi Stamm
09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

Kanton Appenzell Ausserrhoden

David Zuberbühler
20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt

Sebastian Frehner
02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft

Thomas de Courten
29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg

Sandra Sollberger
27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern

Andreas Aebi
26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf

Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil

Manfred Bühler
10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert

Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bäriswil

Erich Hess
25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern

Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf

Albert Rösti
07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf

Werner Salzmann
05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi

Erich von Siebenthal
30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg

Pierre-André Page
19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châtonnaye

Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Genf

Céline Amaudruz
15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Genf

Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Genf

Kanton Graubünden

Heinz Brand
06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters

Magdalena Martullo-Blocher
13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

Kanton Luzern

Yvette Estermann
26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens

Franz Grüter
29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich

Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden

Peter Keller
22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

Kanton Schaffhausen

Thomas Hurter
01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen

Toni Brunner
23.08.1974, Landwirt, Ebnat-Kappel

Roland Rino Büchel
08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet

Barbara Keller-Inhelder
24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona

Thomas Müller
01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach

Lukas Reimann
18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn

Christian Imark
29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren

Walter Wobmann
21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz

Marcel Dettling
01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg

Pirmin Schwander
28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau

Diana Gutjahr
13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn

Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach

Verena Herzog
07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin

Marco Chiesa
10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

Kanton Uri

Beat Arnold
24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind,Schattdorf

Kanton Waadt

Michaël Buffat
27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens

Alice Glauser-Zufferey
18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent

Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy

Jacques Nicolet
24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder Lignerolle

Kanton Wallis

Jean-Luc Addor
22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièse

Franz Ruppen
24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz …

Kanton Zug

Thomas Aeschi
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich

Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch

Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich

Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», 3 Kinder, Küsnacht

Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer, 4 Kinder, Zürich

Natalie Rickli
19.11.1976, Beraterin Kommunikation, Winterthur

Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer, Zürich

Jürg Stahl
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist, Mitglied der Direktion, 1 Kind, Brütten

Kanton Zürich

Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt

Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker, Zürich

Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich

Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfegermeister, 2 Kinder, Volketswil

Claudio Zanetti
16.06.1967, lic.iur., Jurist, Kommunikationsberater, Gossau

… im Bundesrat

5 Ständeräte

Kanton Glarus

Werner Hösli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum, 1 Kind, Haseln

Kanton Schaffhausen

Hannes Germann
01.07.1956, Betriebsökonom, 2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz

Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal

Alex Kuprecht
22.12.1957, Relation-Manager, 2 Kinder, Pfäffikon

Kanton Thurgau

Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden

2 Bundesräte

Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bursins (VD)

Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)

… in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau

Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Landstatthalter, Oeschgen

Franziska Roth
01.05.1964, Vorsteherin des Departements Gesundheit und Soziales, 1 Kind, Brugg

Kanton Appenzell Ausserrhoden

Köbi Frei
06.03.1959, Vorsteher Finanzdepartement, 2 Kinder, Heiden

Kanton Bern

Christoph Neuhaus
10.05.1966, Vorsteher Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, 1 Kind, Belp

Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der Gesundheits- und Führsorgedirektion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft

Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, 3 Kinder, Buus

Kanton Glarus

Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm

Kanton Luzern

Paul Winiker
13.04.1956, Vorsteher Justiz-, Sicherheits- und Sozialdepartement, 2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden

Ueli Amstad
19.02.1959, Vorsteher Landwirtschafts- und Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans

Res Schmid
25.02.1958, Vorsteher Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

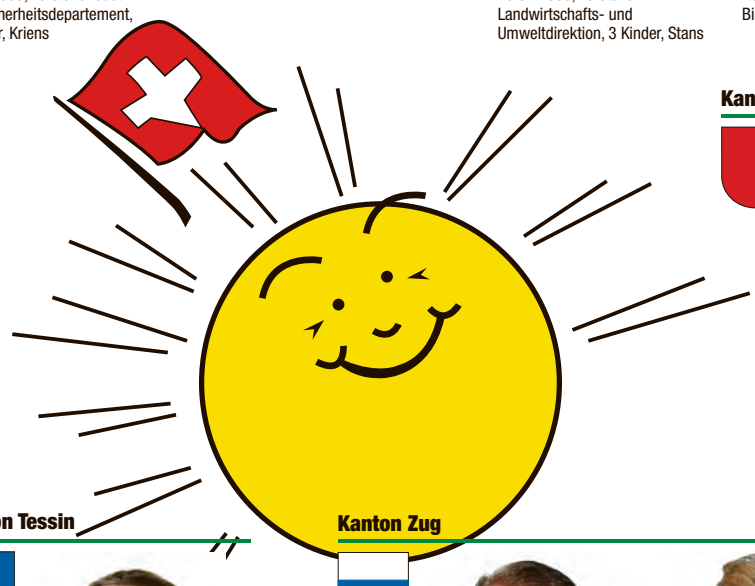
Kanton St. Gallen

Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, 3 Kinder, Bronschhofen

Kanton Schaffhausen

Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 3 Kinder, Rüdlingen

Cornelia Stamm Hurter (ab 1.4.2018)
08.11.1961, Vorsteherin Finanzdepartement, 2 Kinder, Schaffhausen



Kanton Schwyz

Andreas Barraud
15.11.1957, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 2 Kinder, Bennau

René Bünter
21.05.1969, Vorsteher Umweltdepartement, 3 Kinder, Lachen

André Rüegsegger
30.06.1976, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Brunnen

Kanton Thurgau

Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilen

Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin

Norman Gobbi
23.03.1977, Regierungspräsident Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Quinto

Kanton Zug

Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen

Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

Kanton Zürich

Markus Kägi
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion, Präsident Regierungsrat, 2 Kinder, Niederglatt

Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, 2 Kinder, Wädenswil

Unser Versprechen für Basels Zukunft

Griezi mitenand!

Finden auch Sie, dass wir in Basel-Stadt viel zu hohe Steuern bezahlen? Sind Sie unzufrieden mit der Sicherheitslage in unserem Kanton? Stören auch Sie sich daran, dass immer mehr Parkplätze verschwinden und der Individualverkehr verdrängt wird? Nervt es Sie auch, dass sich unsere Verwaltung Jahr für Jahr mehr aufbläht? Haben auch Sie Mühe damit, dass die Sozialhilfekosten in Basel Jahr für Jahr steigen? Dann sind Sie in der SVP Basel-Stadt genau richtig.

Neben den wichtigen schweizerischen Themen setzen wir uns als bürgerliche Partei für genau diese Themen ein. Die SVP Basel-Stadt kämpft schon seit langem für tiefere Steuern, mehr Sicherheit und Sauberkeit, ein Mit- statt ein Gegeneinander in der Verkehrspolitik, für weniger Staat und für eine Eindämmung der Sozialausgaben.

Natürlich handelt es sich bei dieser nicht abschliessenden Aufzählung um Schlagworte. Aber hinter diesen Schlagwörtern steckt ein aufrichtiges und ehrliches Kämpfen für die Belange der Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons.

Als Präsident der SVP Basel-Stadt verspreche ich Ihnen, dass wir sowohl auf kommunaler, kantonaler als auch nationaler Ebene alles unternehmen, damit Basel-Stadt in den kommenden Jahren lebenswert(er) wird. Gemeinsam mit den Mandatsträgern und den Sektionen setzen wir uns für Sie und diesen Kanton ein. Überzeugen Sie sich selbst, sei es durch eine Mitgliedschaft, einen Gönnerbeitrag oder ein unverbindliches Gespräch mit mir.

Ihr Lorenz Nägelin

Lorenz Nägelin

- **Ausbildung:** Eidg. dipl. Betriebswirtschafter u. Dipl. Rettungssanitäter HF
- **Beruf:** Teamleiter Rettung Basel-Stadt (Sanität Basel)
- **Politische Ämter:** Parteipräsident SVP Basel-Stadt, Bürgergemeinderat, Schulrat Primarstufe Bruderholz
- **Hobbies:** Politik, Skifahren, Reisen
- **Kontakt:** l.naegelin@bluewin.ch

Weshalb es die SVP braucht!

Eine nicht abschliessende Aufzählung zeigt auf, wie notwendig eine starke SVP im Grossen Rat ist:

Dank der SVP erreicht

- **Neue Polizisten für mehr Sicherheit angestellt**
- **Die „Abfallpolizei" und strengere Bussen gegen Littering eingeführt**
- **Schärfere Regeln und Anforderungen bei der Einbürgerung von Ausländern durchgesetzt**
- **Steuern für den Mittelstand gesenkt**
- **Schuldenbremse für den Kanton eingeführt**
- **Staatliche Pensionskasse saniert**

Dank der SVP verhindert

- **Abbau von Grünflächen im Osten und Süden Basels gestoppt**
- **Bau des überteuerten Tram-Projekts Erlenmatt und des Velorings verunmöglicht**
- **Automatisches Lohnabzugsverfahren gebodigt**
- **Familiengärtenanlagen vor Schliessung bewahrt**
- **Kürzung der Subventionen an den Zolli Basel verhindert**

SVP Basel-Stadt
Gegründet: 1991

- **Mitglieder:** ca. 500 Einzelmitglieder
- **Sektionen:** Junge SVP, SVP Frauen u. SVP Ortssektion Riehen
- **Wähleranteil Kanton:** 14.3%
- **Anzahl Sitze Grosser Rat:** 15 von 100
- **Wähleranteil Nationalrat:** 17.6%
- **Nationalratssitze:** 1 von 5
- **Wähleranteil Bürgergemeinderat:** 13.34%
- **Anzahl Sitze Bürgergemeinderat:** 5 von 40
- **Wähleranteil Einwohnerrat: Riehen:** 20.41%
- **Anzahl Sitze Einwohnerrat:** 9 von 40
- **Kontakt:** info@svp-basel.ch und www.svp-basel.ch

Es gibt weiterhin viel zu tun – Sie können auf uns zählen!

Andreas Ungricht ist seit Februar 2017 der neue Präsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Im Extrablatt zieht er Bilanz zum ersten Amtsjahr der neuen Legislatur und wagt einen politischen Ausblick auf die Arbeit der SVP im Kantonsparlament.

Im 2017 hat die neue Legislatur begonnen. Auch nach den Wahlen sind die Mehrheitsverhältnisse noch immer sehr knapp. Vergangene Abstimmungen zeigen, dass mit Ausnahme von finanzpolitischen Fragen, eine rot-grüne Mehrheit aus SP, Grünem Bündnis und Grünliberalen besteht, welche sich leider mit allerlei Unsinn durchsetzen kann.

Staatliche Gemüsebeauftragte, Hundepark auf dem Marktplatz, Obstbäume in Parkanlagen oder durch den Staat im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellte Velopumpen: Fast jeder Vorstoss, sei er noch so absurd, findet „dank" diesen Parteien fast immer eine Mehrheit. Bürgerliche Erfolge sind deshalb nur möglich, wenn die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien geschlossen für ein Anliegen einstehen.

Die SVP hat sich als zweitstärkste Partei des Kantons im Parlament etabliert. Unsere 15 Parlamentarier engagieren sich mit viel Herzblut im Grossen Rat. Ob in Sicherheitsfragen, bei Wirtschaftsthemen oder den Staatsausgaben: Überall setzen wir uns geschlossen für die Interessen der baselstädtischen Bevölkerung und der hiesigen Wirtschaft ein und schauen, dass Basel sicherer, wirtschaftlich attraktiver und der Staatshaushalt ausgeglichener wird. Der Weg dorthin ist ein langer und steiniger, umso kompromissloser muss die SVP-Fraktion deshalb auch weiterhin für diese bürgerlichen Grundprinzipien einstehen. Sie können auf uns zählen!

Andreas Ungricht

- **Ausbildung:** Rohrschlosser, Eidg. dipl. Instandhaltungsfachmann
- **Beruf:** Anlage u. Apparatebauer
- **Politische Ämter:** Fraktionspräsident SVP Basel-Stadt, Grossrat
- **Familie:** verheiratet, 2 Kinder
- **Hobbies:** Skifahren, Wandern
- **Kontakt:** info@andreas-ungricht.ch

„Bei uns sind alle Frauen willkommen."

Seit gut drei Jahren ist Tanja Steiner Präsidentin der neugegründeten Frauen-Sektion der SVP Basel-Stadt. Das Extrablatt sprach über die Ziele dieser Sektion und ihre künftige Ausrichtung.

***SVP:** Tanja Steiner, Sie sind Gründungspräsidentin der SVP Frauen in Basel-Stadt. Sind Sie zufrieden mit „ihrer" Sektion?*

TS: Aller Anfang ist schwer. Natürlich haben viele zuerst die Notwendigkeit einer eigenen Frauen-Sektion nicht gesehen – übrigens auch einige Frauen. Diese anfängliche Skepsis ist aber sehr schnell der Überzeugung gewichen, dass dieses Gefäss doch sehr wichtig ist.

***SVP:** Sicher kontrovers ist das Thema Beruf und Familie. Haben da die SVP Frauen eine etwas andere Ansicht wie vielleicht linkere Frauenparteien?*

TS: Uns geht es darum aufzuzeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Herausforderung sein kann, Frauen aber durchaus in der Lage sind, es auch ohne staatliche Hilfe zu schaffen, alles unter einen Hut zu bringen. Meine Vorstandskolleginnen stehen alle im Berufsleben und haben eine Familie. Sie sind Beweis dafür, dass es hier eben keine staatliche Intervention braucht. Ich verstehe natürlich alleinstehende Frauen, die arbeiten müssen oder Familien mit einem zu kleinen Einkommen des Mannes: Dort sollte der Staat mit Betreuungsangeboten unterstützend eingreifen. Aber bitte nur dort.

***SVP:** Was sind ihre weiteren Ziele?*

TS: Wir wollen weiter wachsen und auch künftig Themen ansprechen, welche für Frauen sehr wichtig sind. Wir haben uns bspw. dafür stark gemacht, dass im Eglisee keine Burkini mehr getragen werden dürfen. Die dann gefundene Lösung mit dem Kanton war zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

SVP: Wo sehen Sie für die Sektion noch Potenzial?

TS: Die Frauensektion ist auch eine Volkspartei. Bei uns sind alle Frauen mit bürgerlicher Gesinnung willkommen. Ob Unternehmerin, Angestellte, Hausfrau, Studentin oder Mutter – der Mix macht es aus. Potenzial sehe ich deshalb in allen Bevölkerungsschichten. Es würde mich sehr freuen, mit motivierten Mitgliedern weiterhin themenbezogen und konstruktive Positionen auszuarbeiten und zu vertreten. Und anders als bei linken Parteien erst noch ohne Quote und Gleichstellungshysterie.

Tanja Steiner

- **Beruf:** Kauffrau
- **Politische Ämter:** Präsidentin SVP Frauen Basel-Stadt, Kassierin SVP Riehen, Schulrätin
- **Hobbies:** Familie, Schwimmen
- **Familie:** verheiratet: 2 Kinder
- **Kontakt:** t.steiner@yahoo.de

Ausdauer und Beharrlichkeit werden sich auszahlen.

Die ehemalige Spitzenfechterin und mehrfache Olympia-Silbermedaillengewinnerin Gianna Hablützel-Bürki ist seit dieser Legislatur für die SVP im Grossen Rat. Sie wurde im Herbst 2016 für den Wahlkreis Grossbasel-Ost in dieses politische Amt gewählt. Gianna Hablützel-Bürki schildert wie sie in diesem Amt angekommen ist und in der Fraktion aufgenommen wurde.

Seit 2017 bin ich im Grossen Rat. Nach gut einem Jahr Amtszeit kann ich positiv zurückblicken und sagen, dass ich mich sehr gut eingelebt habe. Als überzeugte Vertreterin des Milizsystems und berufstätige Mutter sowie Betreiberin einer eigenen Fechtschule, ist es manchmal eine echte Herausforderung, alles unter einen Hut zu bringen. Dabei helfen mir die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit und der Zusammenhalt innerhalb der SVP. Gemeinsam mit den ebenfalls neu gewählten SVP-Kollegen Pascal Messerli, Beat Schaller und Felix Wehrli fühle ich mich bestens in der Fraktion aufgehoben.

Die Arbeit im Parlament ist jedoch auch ernüchternd. Es ärgert mich, dass wir oft keine bürgerliche Mehrheit zusammenbekommen und Rotgrün fast jede Abstimmung gewinnt. Als ehemalige Spitzenfechterin nehme ich das aber sportlich und vor allem als Ansporn, noch härter für die Interessen unserer Wähler einzustehen und durch parlamentarische Knochenarbeit das durchzusetzen, für was wir uns wählen liessen. Und schliesslich bin ich sehr motiviert, unseren Kanton vorwärts zu bringen, ihn sicherer und für Familien attraktiver zu machen.

Mit Ausdauer und Beharrlichkeit schaffen wir das – und deshalb bleibe ich mit meinen Fraktionskollegen unserer Linie treu und arbeite hart weiter.

Gianna Hablützel-Bürki

ehemalige Spitzenfechterin u. mehrfache Olympia-Silbermedaillengewinnerin

- **Beruf:** Travel Consultant
- **Politische Ämter:** Grossrätin
- **Hobbies:** Sport, Politik, Reisen
- **Familie:** 1 Tochter
- **Kontakt:** gianna@habluetzel-buerki.ch

Dafür setzen wir uns im Grossen Rat ein

Mehr Sicherheit im Alltag und mehr Mittel gegen den Terror
Damit die Sicherheit in Basel-Stadt verbessert werden kann, setzen wir uns für eine Aufstockung des Polizeikorps ein. Nur so können Gewaltverbrechen reduziert und die Kriminalität gesenkt werden. Grundauftrag des Staates ist die Sicherheit. Um unsere Bürger vor dem internationalen Terror zu schützen, setzen wir uns deshalb für verstärkte Antiterror-Massnahmen ein.

Pragmatische Raumplanungspolitik mit Grünflächen
„Mischnutzungen sind Mistnutzungen". Wir setzen uns dafür ein, dass Gewerbe- und Wohnzonen getrennt erstellt werden und beide Anspruchsgruppen Platz finden. Damit Basel lebenswert bleibt, wollen wir bestehende Grünflächen erhalten und aufwerten.

Keine Mehrausgaben für baselstädtische Steuerzahler
Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die von Basel-Landschaft aufgegebenen finanziellen Beteiligungen für Kultureinrichtungen nicht vom Basler Steuerzahler übernommen werden müssen. Und: Gleiches Mitspracherecht bedeutet eine paritätische Finanzierung durch alle Partner.

Gesunde Finanzen und tiefe Steuern
Basel-Stadt muss für alle Bürger bezahlbar bleiben. Wir wollen deshalb für Steuersenkungen kämpfen und das Aufgabengebiet des Staates durch eine restriktive Ausgabenpolitik auf ein sinnvolles Mass beschränken.

Eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik
Wir fordern ein Mit- statt ein Gegeneinander und eine Abkehr der autofeindlichen Verkehrspolitik mit stetem Parkplatzabbau in den Quartieren. Wir wollen den belastenden Parkplatzsuchverkehr eindämmen. Nur wenn öffentlicher und motorisierter Individualverkehr Hand in Hand in die Zukunft schreiten, bleibt unser Kanton für Bevölkerung und Wirtschaft attraktiv.

Nein zur Einöde - Ja zu einer attraktiven Innenstadt
Damit die Innenstadt attraktiver wird, wollen wir uns für gleich lange Spiesse für den Detailhandel einsetzen und die Innenstadt aufwerten. Wir kämpfen dafür, dass Geschäftsinhaber mit weniger Bürokratie und Bewilligungsverfahren belastet werden und mehr Leben in die Stadt kommt.

Kostensenkende Gesundheitsversorgung für die Region
Damit die Krankenkassenprämien und die Gesundheitskosten nicht weiter steigen, setzen wir uns für eine gemeinsame Spitalgruppe mit Baselland ein. Nur so kann die Spitzenmedizin zu zahlbaren Konditionen in unserer Region gesichert werden. Weitere Überkapazitäten gilt es zu verhindern.

Für einen starken Wirtschaftsstandort Basel
Wir wollen, dass der Werkplatz Basel prosperiert. Deshalb kämpfen wir für weniger Regulierung und staatliche Bevormundung und fordern die Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen.

Ihre SVP-Vertreter und Ansprechpartner im Grossen Rat (Amtsperiode 2017-2020)

Wir setzen uns im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemeinsam für Ihre Interessen ein und kämpfen für mehr Sicherheit, Sauberkeit, tiefere Steuern und einen starken Wirtschaftsstandort Basel.

Andreas Ungricht, Grossbasel-West

Toni Casagrande, Kleinbasel

Alexander Gröflin, Grossbasel-West

Gianna Hablützel-Bürki, Grossbasel-Ost

Patrick Hafner, Grossbasel-Ost

Roland Lindner, Grossbasel-Ost

Christian Meidinger, Kleinbasel

Pascal Messerli, Grossbasel-Ost

Eduard Rutschmann, Riehen

Beat K. Schaller, Grossbasel-West

Daniela Stumpf, Grossbasel-West

Joël Thüring, Grossbasel-West

Heinrich Ueberwasser, Riehen

Rudolf Vogel, Kleinbasel

Felix Wehrli, Kleinbasel

„Ich möchte Junge motivieren, sich zu engagieren“

Seit November 2017 ist Laetitia Block neue Präsidentin der Jungen SVP Basel-Stadt. Sie folgt auf den langjährigen Präsidenten und heutigen Grossrat Pascal Messerli, welcher die Jungpartei fünf Jahre angeführt hat. Im Extrablatt-Interview spricht Laetitia Block über ihr eigenes politisches Interesse und die Ziele, welche sie in den kommenden Jahren mit der Jungen SVP in Basel-Stadt erreichen will.

Laetitia Block (Zweite von rechts) mit Vertretern der Jungen SVP und anderen Jungparteien bei einer Abstimmungs-Aktion

***SVP:** Laetitia, Du bist die neue Präsidentin der JSVP. Weshalb hast Du dieses Amt übernehmen wollen?*

LB: Ich bin seit einigen Jahren schon Mitglied und konnte mich bereits im Vorstand engagieren. Nachdem der bisherige Präsident zurückgetreten ist, habe ich mich entschlossen, diese zusätzliche Verantwortung zu übernehmen. Es ist toll, eine Jungpartei anführen zu dürfen.

***SVP:** Du bist die erste Frau an der Spitze der JSVP…*

LB: … und lustigerweise die einzige Frau überhaupt an der Spitze einer Jungpartei. Alle anderen Parteien, inklusive der JUSO, werden von Männern angeführt. Ich finde es toll, dass ich als erste Frau die JSVP führen kann – allerdings ist für mich das Geschlecht nicht entscheidend. Was zählt ist Leistung und nicht Quote.

***SVP:** Was sind deine Ziele für die JSVP?*

LB: Wachstum. Wir müssen bei den Mitgliederzahlen wachsen, bei den Wahlen prozentual zulegen und unser Profil schärfen. Dazu gehört auch eine proaktivere Kommunikationsarbeit. Die Wenigsten wissen wohl beispielsweise, dass die JSVP drei Vertreter im Grossen Rat sitzen hat.

***SVP:** Welche Themen sind Dir besonders wichtig?*

LB: Es gibt viele Themen, welche junge Menschen anders oder stärker betreffen. Es ist mir zum Beispiel wichtig, dass gerade auch junge Frauen nach dem Ausgang sicher nach Hause kommen. Oder das moderne Plattformen wie UBER und Co. nicht verboten werden, sondern das Potenzial der Digitalisierung genutzt wird. Hier können wir uns stärker für eine moderne Gesellschaft mit weniger Regeln durch den Staat einsetzen, als vielleicht die Mutterpartei.

Und es gibt natürlich viele weitere Dinge, für welche sich die JSVP einsetzen will. Unsere Stadt soll lebendiger werden – deshalb fordern wir eine vereinfachte Bewilligungspraxis für Veranstaltungen oder bessere ÖV-Verbindungen in der Nacht. Bei der Universität bin ich dafür, dass diese weiterhin paritätisch durch Stadt und Land finanziert wird. Und wir sind gegen eine Erhöhung der Studiengebühren.

***SVP:** Für viele ist ein Eintritt in eine Partei eine grosse Hürde. Hast Du einen Tipp, wie man diese Hürde überwinden kann?*

LB: Wir sind unkompliziert und offen. Wer sich über uns informieren will, kann auf unsere Homepage (jsvp-bs.ch) oder sich direkt bei mir melden. Ich führe gerne ein Gespräch mit Interessierten und freue mich über jeden Austausch.

Laetitia Block

- **Ausbildung:** Studentin der Rechtswissenschaften
- **Beruf:** Bachelor of Law
- **Politische Ämter:** Präsidentin Junge SVP Basel-Stadt, Schulrätin Primarstufe Volta
- **Hobbies:** Sport, Reisen
- **Kontakt:** laetitia.block@gmail.com

„Es war ein sehr spannendes Jahr.“

Mit gerade einmal 33 Jahren wurde Joël Thüring im Februar 2017 zum jüngsten Grossratspräsidenten des Kantons Basel-Stadt seit über 100 Jahren gewählt. Er ist erst der zweite SVP-Vertreter in diesem Amt. Mit dem Extrablatt sprach Joël Thüring über seine Erlebnisse im Amtsjahr als „höchster Basler“ und über die politischen Herausforderungen des Stadtkantons.

***SVP:** Vor wenigen Tagen ging ihr Jahr als „höchster Basler“ zu Ende. Wie empfanden Sie das Jahr als Grossratspräsident?*

JT: Es war ein sehr spannendes Jahr. Ich habe mich geehrt gefühlt, als SVP-Vertreter in dieses Amt gewählt zu werden und unseren Kanton zu repräsentieren.

SVP: *Welches waren die Höhepunkte in Ihrem Präsidialjahr?*

JT: Jeder der fast 260 besuchten Anlässe war schön. Ich habe viel mitgenommen und durfte spannende Menschen kennenlernen. Besonders in Erinnerung bleibt mir der Besuch der 150-Jahr-Feier der Botschaft in Berlin mit Bundesrat Ueli Maurer oder die Eröffnung der BaselWorld 2017.

SVP: *Was bleibt für Sie nach dieser Zeit in Erinnerung?*

Mit Bundesrat Ueli Maurer und Landratspräsident Philiipp Schoch in der CH-Botschaft in Berlin

JT: Mir hat es gefallen, die Ratssitzungen zu leiten – das ist schon eine sehr spezielle Aufgabe und manchmal bei 100 Parlamentariern durchaus auch herausfordernd. In Erinnerung werden mir aber vor allem die Menschen bleiben, die ich an den vielen verschiedenen Anlässen begegnen durfte. Das war wirklich sehr beeindruckend.

SVP: *Und was nehmen Sie aus diesem Jahr mit?*

JT: Ich empfand es als ausserordentlich beeindruckend, mit wie viel Energie sich Menschen ehrenamtlich für unser Gemeinwesen in Verbänden und Vereinen engagieren. Das hat mich enorm berührt.

SVP: *Nach ihrem Amtsjahr kommt jetzt vermutlich die grosse Leere?*

JT: Nein. Ich freue mich, wieder aktiv politisieren zu können und mich für unseren Kanton einsetzen zu dürfen.

SVP: *Wo sehen Sie denn die grössten Herausforderungen für Basel-Stadt?*

JT: Wir müssen den Standort Basel weiter stärken, Firmen entlasten und Industrie und KMU-Betriebe vor einer Überregulierung bewahren. Gleichzeitig müssen wir Familien und Alleinstehende steuerlich entlasten. Mir tut es weh, dass sich viele Bürger/innen angesichts der hohen Mietzinspreise und Krankenkassenprämien Basel kaum mehr leisten können, obschon sie Tag für Tag hart arbeiten gehen. Wer arbeitet oder ein Leben lang gearbeitet hat, soll auch etwas davon haben.

Joël Thüring

- **Ausbildung:** Kaufmann
- **Beruf:** Polit-Consultant
- **Politische Ämter:** a. Grossratspräsident des Kantons Basel-Stadt, Grossrat, Bürgergemeinderat, Mitglied Schulkommission FMS
- **Hobbies:** Politik, Reisen
- **Kontakt:** joel.thuering@bluewin.ch

„Die Zeit für einen SVP-Gemeinderat ist überfällig“

In Riehen stehen im 2018 wichtige Gemeinde- und Einwohnerratswahlen an. Für die SVP kandidiert Einwohnerrat Felix Wehrli, welcher auch im Kantonsparlament Einsitz nimmt, gemeinsam mit je einer Vertretung von CVP, FDP und LDP sowie dem amtierenden Gemeinderatspräsidenten auf einem bürgerlichen Ticket. Das Extrablatt wollte mehr über seine Kandidatur wissen und sprach mit ihm über seine Ambitionen und Ziele für die Riehener Exekutive.

SVP: *Sie kandidieren in Riehen für den Gemeinderat. Warum?*

FW: Ich lebe schon seit vielen Jahren hier und identifiziere mich voll und ganz mit diesem tollen grünen Dorf. Deshalb liegt mir auch die Zukunft Riehens sehr am Herzen. Diese Zukunft will ich mitgestalten.

SVP: *Die SVP will mit Ihnen erstmals in die Exekutive einziehen…*

FW: ... und dieser Einzug ist längst überfällig. Die SVP ist schon lange stärkste Kraft in Riehen. Es ist für ein Gemeinwesen sinnvoll, dass die grössten Parteien in die Regierung eingebunden sind. Das gilt gerade auch für eine grosse Gemeinde wie Riehen.

SVP: *Sie sind als Gross- und Einwohnerrat bisher in Legislativgremien vertreten. Sind Sie überhaupt fähig für ein Exekutivamt?*

FW: Absolut. Gerade auch aufgrund meines Berufs als Detektiv bei der Kriminalpolizei bin ich es mir gewohnt verantwortungsbewusst, vertrauenswürdig und genau zu arbeiten und gleichzeitig auch verschiedene Meinungen anzuhören. Als Präsident einer Sachkommission im Einwohnerrat ist mir das Kollegialitätsprinzip, das Vorbereiten anspruchsvoller Dossiers und die Moderation und Führung von Sitzungen zudem nicht fremd. Ich habe bewiesen, dass ich konsensfähig bin.

Die Kandidaten unterwegs am Dorffest Riehen: v.l.n.r: Felix Wehrli, Gemeinderatspräsident Hansjörg Wilde, Grossratspräsident Joël Thüring, Gemeinderätin Silvia Schweizer, Gemeinderat Daniel Albietz und Daniel Hettich

SVP: *Was wollen Sie denn im Gemeinderat erreichen?*

FW: Ich möchte im Gemeinderat denjenigen Wählern eine Stimme geben, die sich bisher nicht im Gremium vertreten sahen. Gleichzeitig möchte ich mich mit meinen Kollegen der bürgerlichen Allianz für ein attraktives Riehen einsetzen – sowohl für die Einwohner als auch für das Gewerbe. Es gibt diesbezüglich viel zu tun bei uns in Riehen. Ich freue mich darauf.

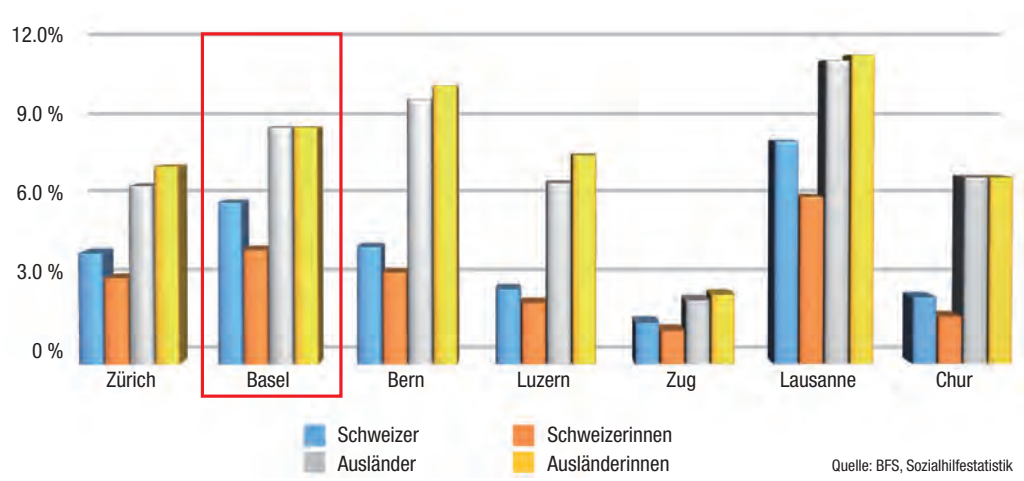
Felix Wehrli

- **Beruf:** Detektiv-Korporal
- **Politische Ämter:** Grossrat, Einwohnerrat
- **Hobbies:** Sport, Reisen, Familie, Politik
- **Kontakt:** felix.wehrli@vtxmail.ch

Erschreckender Anstieg bei den Sozialausgaben . . . Die SVP wird handeln!

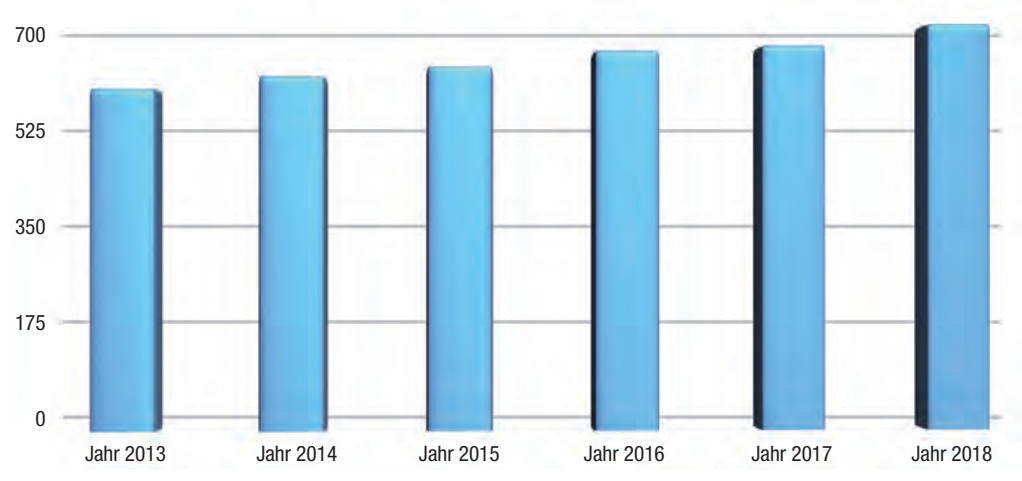
Nirgends ist die Zahl der Sozialhilfefälle in den letzten Jahren so stark angestiegen wie in Basel. Gleichzeitig steigen die Sozialhilfekosten in Basel-Stadt seit Jahren unaufhörlich. Basel-Stadt gibt pro Jahr 700 Millionen Franken für Sozialausgaben aus! Eine Ende des Anstiegs scheint nicht in Sicht.

Sozialhilfequote in Schweizer Städten



Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik

Kostenentwicklung Sozialhilfebereich in Mio. CHF



Quelle: Finanzdepartement BS

Weitere erschreckende Fakten für den Basler Steuerzahler

- **Sozialhilfebezug bei Asylanten steigt weiter an**
  - 2010: 6 Mio. Franken / Jahr
  - 2016: 18.8 Mio. Franken / Jahr
- **Kein Ende in Sicht**
  Die Sozialhilfezahl bei den anerkannten Flüchtlingen hat sich verdoppelt, bei den Vorläufig Aufgenommenen verdreifacht
- **Die grosse Mehrheit lebt von der Sozialhilfe**
  88% der anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen lebt von der Basler Sozialhilfe
- **Sozialhilfefälle aus Eritrea**
  Die Zahl der unterstützten Eritreer hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt
- **Streichung der Sozialhilfebeiträge für Vorläufig Aufgenommene verhindert**
  Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, haben im Herbst im Grossen Rat einen Vorstoss der SVP abgelehnt, dass die Sozialhilfebeiträge für Vorläufig Aufgenommene gestrichen werden

Die SVP fordert deshalb

- **Umfassenden Massnahmenkatalog der Regierung zur Senkung der Sozialhilfekosten**
- **Streichung der Sozialhilfe für Vorläufig Aufgenommene Flüchtlinge**
- **Stopp der Einwanderung von Asylanten in unser Sozialwesen**
- **Die Regierung soll sich in Bern für ein restriktives Rücknahmeabkommen mit Làndern (wie bspw. Eritrea) einsetzen, damit Wirtschaftsflüchtlinge rasch zurückgeführt werden können.**
- **Die Personenfreizügigkeit mit der EU muss neu verhandelt werden**

Die SVP im Bundesrat

Guy Parmelin

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbte er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spurte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein auftischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süssem nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.

Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder (Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE) und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.

Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.

Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk / meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.

☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.

☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.

☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y.**

☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

☐ Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes